
Wie Geschichte nicht erzählt werden sollte

Rezension von: Peter Berger, *Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert*, Facultas, Wien 2007, 456 Seiten, € 24,90.

In der Tat sind „große Erzählungen“ der österreichischen Republikgeschichte relativ selten. Nach rund fünfzig Jahren intensiver österreichischer Zeitgeschichtsforschung erscheint es denn durchaus legitim, ein entsprechendes Unternehmen erneut anzugehen, wengleich es sich mit dem 1995 von Ernst Hanisch vorgelegten „Langen Schatten des Staates“, mit der eine stilistisch pointiert verfasste, vorzügliche und diskutierenswerte Interpretation des 20. Jahrhunderts in der Alpenrepublik vorgelegt wurde, zu messen hat.

Während Hanisch nicht ganz zu Unrecht in den obrigkeitstaatlichen „Traditionen“ und in der damit zusammenhängenden, den verschiedenen „Obrigkeiten“ (Regierung, Sozialpartner, Beamtschaft) überlassenen politischen Regulierungskompetenz einen Wesenszug des österreichischen politischen Systems erblickt, vermisst man im vorliegenden Werk eines an der WU lehrenden, in den Niederlanden geborenen Sozial- und Wirtschaftshistorikers a priori jeglichen Erkenntnis leitenden Ansatz. Erst nach und nach offenbart sich die klassisch liberalistische Sichtweise des Autors, die letztlich erst im „Resümee“ dezidiert (S. 417 ff) ausgeführt, wenn auch unzureichend begründet wird. Woodrow Wilson als „Vater“ der „Leitbegriffe Demokratie und Kapitalismus“ zu sehen, übersieht den prägenden Einfluss des

Liberalismus des 19. Jahrhunderts auf die abendländische Kultur, Wirtschaft und Politik. Bezeichnenderweise wird denn auch der für eine Betrachtung der österreichischen Parteienlandschaft zwar „alte“ (1954 erschienene), aber noch immer unverzichtbare Beitrag von Adam Wandruszka nicht einmal im Literaturverzeichnis aufgeführt.

Es mag ein interessantes Unterfangen sein, die österreichische Geschichte unter dem Gesichtspunkt z. B. eines angelsächsischen Liberalismus zu betrachten, vorausgesetzt dieser wird – einem Vergleich der politischen Systeme entsprechend – einleitend besprochen und definiert. Doch auch dies vermeidet der Autor, der allein mit der schwammigen Begrifflichkeit von „Demokratie“ und „Liberalismus“ (was immer man darunter verstehen mag) in der österreichischen Republikgeschichte hausieren geht.

Der Aufbau des immerhin rd. 450 Seiten starken Taschenbuches ist denn auch eine Mixtur aus ökonomischen und politischen Zäsuren, wobei letztere überwiegen: Ausgehend von der nicht näher begründeten „europäischen Anomalie“ 1898-1918 beschreibt der Autor den Zusammenbruch der Monarchie und den republikanischen „Neubeginn“ 1918 bis 1922, um anschließend auf die „Aufbauarbeit auf schwankendem Grund“ 1922 bis 1930 einzugehen.

Berger geißelt hierbei die vorerst ablehnende Position der Sozialdemokratie zur „Genfer Sanierung“, die er als notwendig ansieht, und beschränkt die Kritik in diesem Zusammenhang auf die Arbeit des Völkerbundkommissärs Alfred Zimmermann (S. 92). Im folgenden Kapitel „Weltwirtschaftskrise und Agonie der Demokratie 1931-1933“ erwähnt der Autor mit keinem Wort die unter Historikern einst heftig geführte

Diskussion über das angebliche Koalitionsangebot Seipels an die Sozialdemokratie im Jahre 1931, sondern nennt Bruno Kreisky und Norbert Leser als Zeugen für die möglicherweise fatale Ablehnung des Regierungseintritts durch Otto Bauer (S.130). Dies ist symptomatisch für die Arbeitsweise Peter Bergers, der für seine Einschätzungen beliebig Zeugen anführt, jedoch die Leser über historiografische Diskurse völlig im Ungewissen lässt. Mit dieser „Methodik“ malt der Autor immer wieder Bilder, die einer kritischen geschichtswissenschaftlicher Reflexion nicht standhalten.

Politikgeschichtliche Zäsuren prägen des Autors Erzählung bis ins Jahr 2000: Dem „Ständestaat“ (im Buch ohne Anführungszeichen) sowie den Jahren zwischen 1938 („Unter dem Hakenkreuz“) und 1945 (Kriegsende), 1945-1955 (Staatsvertrag), 1955-1970, 1970-1983 („Das lange sozialistische Jahrzehnt“) und der „großen Transformation“ 1984 bis 1999 sind entsprechende Abschnitte gewidmet.

Fehlende Literaturkenntnis, unkritisch aus der Boulevardpresse übernommene Bezeichnungen („großkoalitionäre Fleischöpfe“), letztlich aber die Ignoranz über den im Laufe der Jahrzehnte stattgefundenen gesellschaftlichen und kulturellen Wandel (und den „Alltag“ der Menschen) machen das Lesen des Buches oft zu einem Ärgernis. Zweifellos ist der Autor stellenweise bemüht, so etwas Ähnliches wie eine politisch „ausgewogene“ Geschichtserzählung zu bieten,

doch die oftmals ideologisch bedingte „Erfindung“ innenpolitischer Diskurse, die kurz oder mittelfristig zu einer Änderung des WählerInnenverhalten und auch der Politikgestaltung führten, bleiben dabei ebenso auf der Strecke wie ein durch Theorie und Methodik begründetes Gesamtbild der Geschichte des Landes und seiner BewohnerInnen.

Was bleibt, ist eine unter nicht nachvollziehbaren Kriterien mit allerlei Literaturhinweisen und -zeugnissen angereicherte chronologische Erzählung der österreichischen Geschichte, deren Drucklegung dem Rezensenten ein Rätsel bleibt, zumal sie ihm auch als Einführung in die österreichische Geschichte für Erstsemestrige völlig ungeeignet erscheint. Wer eine Gesamtdarstellung der österreichischen Geschichte des 20. Jahrhunderts sucht, wird somit weiterhin zu Ernst Hanischs voluminösem Werk greifen müssen.

Klaus-Dieter Mulley

Literatur

Hanisch, Ernst, Der lange Schatten des Staates. Österreichische. Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert 1890-1990 (Wien 1995). Siehe die Besprechung in „Wirtschaft und Gesellschaft“ 1/1995, S. 209ff.

Wandruszka, Adam, Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, in: Benedickt, Heinrich; u. a., Geschichte der Republik Österreich (Wien (Nachdruck) 1977) 289-485.